

Neutralität: Instrument der Verantwortung

geschrieben von pietrocavadini | 13. März 2026



Seit dem grossflächigen Angriff Russlands auf die Ukraine steht die schweizerische Neutralität unter internationalem und internem Rechtfertigungsdruck. Während Kritiker eine Abkehr von der militärischen Abseitsstellung fordern, warnen Befürworter vor einer Preisgabe staatlicher Souveränität. [Prof. Wolf Linder](#) liefert mit seinem Beitrag eine Einordnung, die den Fokus auf die völkerrechtliche Kohärenz und die humanitäre Verpflichtung legt.

Unterscheidung zwischen Recht und Politik

Linder stützt seine Argumentation auf die Differenzierung zwischen Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik. Das Recht, welches durch die Haager Abkommen von 1907 kodifiziert ist, setze klare Grenzen: Es untersage die direkte militärische Teilnahme an Konflikten sowie die Bevorzugung einer Kriegspartei bei der Lieferung von Truppen oder Waffen.

Die Neutralitätspolitik hingegen beschreibe den Handlungsspielraum der Schweiz in Friedenszeiten und bei politischen Massnahmen. Linder hält fest, dass die Neutralität kein starres Dogma, sondern ein sicherheitspolitisches Instrument sei. Er unterstreicht, dass die Schweiz keineswegs zur moralischen Neutralität verpflichtet sei; sie müsse politisch Stellung beziehen, wenn das Völkerrecht massiv verletzt werde.

Die Debatte um die Sanktionen

Ein zentraler Aspekt der aktuellen politischen Auseinandersetzung ist die Übernahme von Wirtschaftssanktionen. Linder ordnet diese Massnahmen der Neutralitätspolitik zu, da sie

völkerrechtlich nicht das Neutralitätsrecht tangieren. Er kritisiert jedoch die fast deckungsgleiche Übernahme der EU-Sanktionen gegen Russland.

Linder argumentiert, dass dieser Automatismus im Ausland als Verlust der Eigenständigkeit interpretiert werden könne. Um die Glaubwürdigkeit als neutraler Akteur zu wahren, plädiert er für einen eigenständigen Schweizer Weg oder die primäre Orientierung an universellen Sanktionen der Vereinten Nationen (UNO). Ein solcher Ansatz würde den Vorwurf der einseitigen Parteinahme entkräften und den Handlungsspielraum für diplomatische Vermittlungen langfristig sichern.

Annäherung an die NATO

Eng verknüpft mit der sicherheitspolitischen Neuausrichtung ist die verstärkte Kooperation mit der NATO, etwa durch die Beteiligung an der europäischen Luftverteidigungsinitiative «Sky Shield». Linder betrachtet diese Entwicklung unter dem Aspekt der Glaubwürdigkeit. Zwar verletze eine technische Zusammenarbeit oder die Erhöhung der Interoperabilität das Neutralitätsrecht nicht direkt, solange keine Beistandsverpflichtung bestehe.

Dennoch warnt Linder vor den politischen Folgen. Eine zu enge Anbindung an ein westliches Militärbündnis könne dazu führen, dass die Schweiz von Drittstaaten nicht mehr als unparteiischer Akteur wahrgenommen werde. Er gibt zu bedenken, dass die Neutralitätspolitik stets darauf abzielen müsse, die Handlungsfreiheit zu wahren. Eine faktische Integration in NATO-Strukturen würde diesen Spielraum einschränken und die Schweiz im Falle eines Grosskonflikts in eine Zwangslage bringen.

Funktionale Bedeutung der «Guten Dienste»

Ein weiterer Punkt in Linders Analyse ist die Funktion der Schweiz als neutrale Vermittlerin. Er betont, dass die Glaubwürdigkeit für «Gute Dienste» massgeblich an die militärische Nichtteilnahme geknüpft sei. Als konkrete Beispiele lassen sich hier die Schutzmandate anführen, welche die Schweiz seit Jahrzehnten wahrnimmt – etwa die Vertretung der US-Interessen im Iran oder der russischen Interessen in Georgien.

Linder führt aus, dass diese Rolle ein spezifischer Beitrag zur internationalen Stabilität sei. Würde die Schweiz ihre Neutralität aufgeben oder durch eine zu einseitige Bündnisnähe aushöhlen, verlöre sie die Kapazität, als neutraler Boden für Verhandlungen und als vertrauenswürdige Botin zwischen verfeindeten Staaten zu agieren. Diese Funktion sei moralisch und völkerrechtlich begründet.

Das Dilemma der Waffenexporte

Kritisch setzt sich die Analyse mit der Praxis der Rüstungsexporte auseinander. Das schweizerische Kriegsmaterialgesetz, das die Wiederausfuhr von Schweizer Waffen in Konfliktgebiete untersagt, sorgt international für Diskussionen. Linder macht deutlich, dass die Neutralität nicht als Deckmantel für wirtschaftlichen Egoismus missbraucht werden dürfe.

Aus einer verantwortungsethischen Perspektive müsse die Schweiz sicherstellen, dass ihre Neutralitätspolitik nicht die Verteidigungsfähigkeit angegriffener Staaten untergrabe, während sie gleichzeitig Geschäfte mit anderen autoritären Regimen tätige. Linder fordert hier eine konsequente Ausrichtung an humanitären Werten statt an industriepolitischen Interessen.

Solidarität statt Isolation

Linders Fazit lautet, dass eine neutrale Schweiz nicht isoliert sein müsse. Im Gegenteil: Die militärische Zurückhaltung verpflichte zu einer verstärkten humanitären Solidarität. Wenn sich der Staat nicht an Waffenlieferungen beteilige, müsse er bei der Hilfe vor Ort und beim späteren

Wiederaufbau überproportional engagiert sein.

[Der Text von Wolf Linder](#) zeigt auf, dass Neutralität und Moral kein Widerspruch sein müssen. Eine «profilerte Neutralität» orientiere sich am Völkerrecht und an den Menschenrechten. Damit bietet Linder einen Wegweiser für eine Aussenpolitik, die ihre Eigenständigkeit bewahrt, ohne sich der globalen Verantwortung zu entziehen.